

# Status quo in der Schule zementieren

**Abstimmung** Zwei umstrittene Initiativen des Lehrervereins wollen wichtige Bereiche vor Veränderungen bewahren

VON HANS-MARTIN JERMANN

## 1 Worüber entscheidet das Baselbieter Stimmvolk am 19. Mai?

Zur Abstimmung stehen zwei Initiativen des Lehrervereins Baselland (LVB). Neue gesetzliche Instrumente sollen vor allem die Volksschule vor Abbaumassnahmen schützen. Die erste Initiative «Bildungsressourcen gerecht verteilen und für das Wesentliche einsetzen» fordert einen neuen Passus im kantonalen Bildungsgesetz, der eine bedürfnis- sowie lehrplangerechte Schulinfrastruktur gewährleistet. Sollten im Bildungsbereich dennoch Sparmassnahmen nötig sein, müssen diese laut Initiative nach einem genau festgelegten Massnahmenkatalog erfolgen. Die zweite Initiative «Stopp dem Abbau an den öffentlichen Schulen» will bestimmte Rahmenbedingungen im Bildungsbereich speziell schützen. Konkret fordert sie, dass bei Abstimmungen über Änderungen der maximalen Klassengrössen, der Lektionenzahl von handwerklichen und musischen Fächern, der individuellen Vor- und Nachbereitungszeit für Lehrer und für die Überwälzung von Schulkosten auf die Erziehungsberechtigten im Landrat neu ein Zweidrittelmehr nötig ist.

## 2 Warum sind die beiden Bildungsinitiativen lanciert worden?

Die beiden Begehren wurden 2015 lanciert, nachdem die Baselbieter Regierung das dritte Sparpaket innert zehn Jahren verkündet hatte. Die Initiativen sind denn auch klar als Reaktion auf die aus Sicht der Lehrer schmerzhaften Abbaumassnahmen zu sehen. Darunter fällt etwa die Erhöhung der maximalen Klassengrösse oder die Streichung von Klassenlagern und zusätzlichen Lernangeboten. Auch haben sich die Lohn- und Arbeitsbedingungen für die Lehrerschaft verschlechtert.

## 3 Wie verlaufen die politischen Fronten vor dem 19. Mai?

Nimmt man das Abstimmungsergebnis im Landrat und die bisherigen Positionsbezüge der Parteien zum Nennwert, so haben die Begehren an der Urne nur eine geringe Chance: Das Parlament empfiehlt beide mit grossem Mehr bei nur einzelnen Gegenstimmen zur Ablehnung. Allerdings gab es jeweils etliche Enthaltungen, dies vor allem aus dem rot-grünen Lager. Diese sind ein



Isoliert, dafür umso engagierter: Der Lehrerverein kämpft mit Plakaten an Baselbieter Strassen für zwei Mal Ja am 19. Mai. NIZ

Hinweis darauf, dass die Stossrichtung der beiden Initiativen zwar von vielen begrüsst wird, die geforderten Massnahmen aber als zu starr und zu extrem angesehen werden. Von den Baselbieter Parteien hat bisher «nur» die kleine EVP die Ja-Parole zur «Abbau-Stopp»-Initiative beschlossen; zum zweiten Begehren gabs eine Stimmfreigabe. SVP und FDP sagen zu beiden Begehren Nein, ebenso die Grünen. Die CVP fasste ihre Parole gestern Abend nach Redaktionsschluss. Die SP entscheidet morgen Samstag; ein doppeltes Ja ist aber unwahrscheinlich. Unterstützt werden die beiden Initiativen ferner vom Komitee «Starke Schule», der Baselbieter Bildungsrat lehnt sie hinge-

gen ab. Den mangelnden Rückhalt in der Baselbieter Politik kompensiert das Ja-Komitee um den Lehrerverein mit einem sehr engagierten Abstimmungskampf. Die Gegner sind hingegen bisher kaum in Erscheinung getreten.

## 4 Was sind denn die konkreten Kritikpunkte an den Initiativen?

Dass die Initiative «Bildungsressourcen gerecht verteilen» im Falle von Sparmassnahmen einen Massnahmenkatalog vorgibt, schränke die Handlungsmöglichkeiten von Regierung und Parlament zu stark ein, sagen die Kritiker. Als Erstes soll der Kanton auf die Einführung neuer überkantonaler Bildungsprojekte verzichten, als zweites

die weitere Beteiligung an solchen überprüfen, heisst es im Initiativtext. Diese und andere Vorgaben führten dazu, dass Bildungsangebote und Schulstufen gegeneinander ausgespielt werden. Die «Abbau-Stopp»-Initiative stösst vor allem wegen des eingebauten Quorums auf Kritik: Dass einzelne Bildungsbereiche einen besonderen Schutz vor Veränderungen gegenüber allen anderen Bildungsbereichen und anderen staatlichen Aufgaben wie Gesundheit, Sicherheit oder Sozialem geniessen, sei nicht zu rechtfertigen, ja undemokratisch. Im Kanton Baselland ist kein anderer Bereich durch eine solche Sonderregel geschützt. Ein weiterer von der Initiative mit Zweidrittelmehr ge-

schützter Bereich ist der unentgeltliche Schulunterricht. Dies sei zwar ein berechtigtes Anliegen, doch bereits in der Kantonsverfassung garantiert und zudem gesellschaftlich breit akzeptiert. Hier besteht also aus Sicht der Kritiker schlicht kein Handlungsbedarf.

## 5 Wie verteidigen die Befürworter ihre beiden Initiativen?

Im finanzpolitischen Notfall seien die Lasten fair zu verteilen, fordert der Lehrerverein. Das sei in der letzten Abbaurunde im Baselbiet nicht der Fall gewesen: Obwohl der Bildungsbericht stagnierende bis sinkende Kosten für die Volksschule und die Sekundarstufe II aufwies, wurden diesen weitere gravierende Sparmassnahmen aufgebürdet. Das vielfach kritisierte Zweidrittelmehr für Veränderungen anerkennt selbst LVB-Präsident Roger von Wartburg in einem Gastkommentar als «unkonventionelle Forderung». Diese wird dennoch verteidigt: Die im Initiativtext genannten Rahmenbedingungen wie die maximale Klassengrösse oder die Anzahl Unterrichtsstunden in musischen Fächern seien zu wichtig, als dass diese im Landrat Partikularinteressen oder Zufallsmehrheiten zum Opfer fallen dürften.

## 6 Das Baselbieter Bildungswesen ist heillos verpolitisiert. In den vergangenen Jahren wurde das Volk zu einem guten Dutzend Bildungsinitiativen an die Urne gebeten, fast alle betrafen die Volksschule. Weshalb eigentlich?

Einerseits stiess die Sparpolitik der Regierung und des mehrheitlich bürgerlichen Parlaments auf Kritik, andererseits die noch vom früheren Bildungsdirektor Urs Wüthrich (SP) angestossene Bildungsreform Harmos sowie entsprechende Folgeprojekte. Die Initiativen des Komitees «Starke Schule» um Landrat Jürg Wiedemann richteten sich vor allem gegen diese Reformen. Die Gemeinsamkeit der «Starke Schule»-Anliegen zu den nun zur Abstimmung gelangenden LVB-Initiativen besteht im übergeordneten Ziel, bisherige Strukturen zu erhalten. Ansonsten sind sie alles andere als deckungsgleich. Dass die Baselbieterinnen und Baselbieter nach den vielen «Starke Schule»-Initiativen «schon wieder» wegen Bildungsthemen an die Urne müssen, ist für den Lehrerverein im laufenden Abstimmungskampf ein Nachteil.

# Überlastete Kläranlage soll erneuert werden

**Sissach** Projekt kostet knapp sieben Millionen Franken

Die überlastete ARA in Sissach soll saniert und um eine Stufe für Mikroverunreinigungen ergänzt werden. Die Baselbieter Regierung beantragt dazu dem Landrat 6,81 Millionen Franken plus Mehrwertsteuer. Hintergrund ist das Bevölkerungswachstum im oberen Ergolz. Die organische Belastung der Sissacher Abwasserreinigungsanlage (ARA) Ergolz 1 habe stark zugenommen, teilte die Regierung am Dienstag mit. Saniert und ausgebaut werden soll etwa die Schlammbehandlungsanlage, die danach bis 2040 betrieben werden könne. Dieser Teil solle dann auch mehr Gas- und Strom produzieren.

Mit der zusätzlichen Stufe für Mikroverunreinigungen soll die ARA künftig auch wieder die Grenzwerte einhalten. Auch werde die Wasserqualität in der Ergolz unterhalb der ARA Sissach besser. Das Risiko für die Beeinträchtigung von Grund- und Trinkwasser werde reduziert, hiess es weiter. Mit dem Einbau dieser Zusatzstufe in Sissach entfalle für den Kanton die schweizweite Abgabe an den Bund zur Finanzierung der Investitionen, die für die zusätzliche Reinigung

nötig sind. Diese Abgabe mache pro angeschlossenen Einwohner derzeit neun Franken aus, was einer Summe von 270 000 Franken im Jahr entsprechen.

## Bundesrecht wurde angepasst

Nötig wird eine Reinigungsstufe für Mikroverunreinigungen wegen einer Anpassung des Bundesrechts; betroffen sind sechs regionale Baselbieter ARA. Bis 2035 hat der Kanton dafür insgesamt 47 Millionen Franken veranschlagt. Davon soll der Bund 75 Prozent übernehmen, womit netto 11,8 Millionen beim Kanton bleiben. Mikroverunreinigungen werden in jenen ARA heute nur ungenügend entfernt. Substanzen wie Medikamente, Pflanzenschutzmittel, Biozide oder Hormone gelangen in Gewässer, wo sie schon in geringsten Mengen Tiere und Pflanzen gefährden.

Die ARA Sissach muss überdies in Zukunft auch die Abwässer von Anwil und Oltingen mit reinigen. Der Landrat hatte im Februar die Schliessung der veralteten dortigen lokalen ARA und Ableitung der Abwässer nach Sissach beschlossen. (SDA)

# Lohnt sich eine Preesi-Wahl?

**Muttenz** Bei der Ersatzwahl in den Gemeinderat wird es einen zweiten Wahlgang geben

VON MICHEL ECKLIN

Die Muttenzer FDP möchte Doris Rutishauser in den Muttenzer Gemeinderat wählen lassen. Die Partei hat sie für die Ersatzwahl am 23. Juni aufgestellt. Das teilt Parteipräsident Daniel Schneider auf Anfrage mit. Rutishauser ist Präsidentin der Finanzkommission und Mitglied der Rechnungs- und Geschäftsprüfungskommission.

Nach dem Rücktritt von Gemeindepräsident Peter Vogt (CVP) und der Wahl von Kathrin Schweizer (SP) in die Regierung sind im Muttenzer Gemeinderat zwei Sitze vakant geworden. Mit der Kandidatur von Rutishauser steht jetzt definitiv fest: Die Ersatzwahl wird keine stille Wahl sein. Denn bereits bekannt sind zwei weitere Kandidaturen: Für die CVP geht Thomas Schaub ins Rennen, für die SP Yves Laukemann.

Letzte Woche hatten die Parteispitzen von CVP, FDP und SVP noch davon geredet, die drei bürgerlichen Parteien könnten ein gemeinsames Zweierpaket präsentieren. Entsprechende Gespräche seien am Laufen, hiess es von allen drei Seiten. Mit dem Vorpreschen von CVP und FDP ist das jetzt infrage gestellt. FDP-Präsident Schneider stellt sich eine bürgerliche Zusammenarbeit



Doris Rutishauser. Thomas Schaub.

jetzt so vor, dass die SVP die Kandidaten der CVP und der FDP unterstützt und selber niemanden aufstellt. Dazu dürfte es aber nicht kommen. Denn mit grosser Wahrscheinlichkeit wird auch die SVP jemanden aufstellen, wie Parteipräsident Markus Brunner sagt. Einen Namen will er aber noch keinen nennen, es seien noch Abklärungen am Laufen. Die Partei ist derzeit nicht im Gemeinderat vertreten.

Mit demjenigen der SVP stünden drei bürgerliche Kandidaten zur Verfügung. Zu besetzen gibt es aber nur zwei Sitze. SVP-Präsident Brunner will eine bürgerliche Zusammenarbeit trotzdem nicht ausschliessen, auch wenn er noch nicht weiss, wie sie aussehen könnte. Fast sicher ist für ihn, dass sich in einem zweiten Wahlgang der schwächste

Bürgerliche zurückziehen würde. Eine Kandidatur der SVP erhöht die Wahrscheinlichkeit eines zweiten Wahlgangs für den Ersatz der beiden vakanten Gemeinderatssitze – zumal die Kandidatur einer weiteren Partei nicht auszuschliessen ist. Der zweite Wahlgang ist erst im Herbst angesetzt, am 20. Oktober. Unter Einhaltung aller Fristen, etwa für Einsprachen, kann ein erster Wahlgang für die Präsidiumswahlen frühestens am 15. Dezember stattfinden. Der Präsident könnte sein Amt erst Anfang 2020 antreten. Bei einem allfälligen zweiten Wahlgang wird es noch später.

## Interimspräsident nötig

Aber dann stehen fast schon die Gesamterneuerungswahlen an. Den empfohlenen Termin dafür wird die Landeskantlei in zwei Wochen bekannt geben. 2016 fand die Wahl im Februar statt. Stehen die beiden neuen Gemeinderäte erst am 20. Oktober fest, ist gut denkbar, dass der Gemeinderat auf die Ersatzwahl eines Gemeindepräsidenten verzichtet und die Gesamterneuerungswahlen abwartet. Einen Interimspräsidenten muss der kopflose Gemeinderat sowieso bestimmen, denn Vogt tritt bereits am 30. Juni ab.